



# Förderverein Ökologische Steuerreform e.V.

## FÖS-Mitteilungen Nr. 23 – Mai 2002

### Inhalt dieser Ausgabe

1. Einführung / Leitartikel	1
2. ÖSR-Diskussion in Deutschland	2
3. ÖSR und Umwelt international	5
4. Aktivitäten rund um die Ökosteuer	7
5. Weitere Umwelt- und Wirtschaftsthemen	7
6. Beiträge und Reaktionen unserer Leser	8
7. Kurzmeldungen	8
8. Service: Links	9
9. FÖS: In eigener Sache	9

### 1. Einführung / Leitartikel

#### Liebe FÖS-Mitglieder und Freunde!

Seit Erscheinen der letzten FÖS-Mitteilungen hat die diesjährige Mitgliederversammlung in Berlin erfolgreich stattgefunden. Darüber berichten wir im Leitartikel und unter der Rubrik 9. *FÖS: In eigener Sache*, wo Sie auch das Protokoll finden.

Zum Einstieg ein netter Appetizer: eine Karikatur zum Dauerthema für alle Autofahrer: Vor 30 Jahren Ölkrise, vor 10 Jahren Golfkrieg – und im Jahr 2002 geht es lustig weiter:



Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihr FÖS-Team!

#### „Die beste MV, die der FÖS je hatte“ - Sitzungsmarathon des FÖS in Berlin

Für FÖS-Team und Vorstand liegen die anstrengendsten Wochen des Jahres hinter uns. Vorbereitung von Budgets und Kassenprüfung, Einladungen und Organisationsarbeit begannen bereits im Januar. In Berlin folgten dann in knapper Folge ein Gespräch mit BUND- und IG Metall-Vertretern, die Beiratssitzung am Freitagabend, die Mitgliedsversammlung am Samstag im herrlichen Tagungsraum der Länderver-

tretung Rheinland-Pfalz mit unverstelltem Blick auf den Reichstag und seine Kuppel. Der eigentlichen MV schloss sich noch eine Geburtstagsfeier mit Kaffee und Kuchen an – wir haben uns erlaubt, den dritten Geburtstag des Einstiegs in die ÖSR ein bisschen vorzufeiern (am Ostermontag wären wohl nur wenige zusammengekommen). Der Vorstand tagte sogar zweimal: Einmal in alter Besetzung am Freitagnachmittag, dann in neuer Zusammensetzung am Samstag nach der MV.

Auf der MV konnten wir unser neues Beiratsmitglied Yannis Paleocrassas begrüßen; Norbert Walter, der ebenfalls für den Beirat gewonnen werden konnte, war leider verhindert. Albert Rädler und Robert von Bennigsen schieden auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus, Andreas Sauter wurde daraufhin als neuer Schatzmeister in den Vorstand gewählt. Den Abschluss der intensiven Strategiediskussion bildete der Besuch von Reinhard Loske, umwelt- und bildungspolitischer Sprecher der Grünen, der über die erfolgreichen Diskussionen der Grünen zur Ökosteuer und der Ökologischen Steuerreform berichtete.

Die näheren Einzelheiten können Sie im Protokoll in der Rubrik *FÖS: In eigener Sache* nachlesen.

Es zahlte sich aus, dass wir uns für die Diskussion über die Strategie mehr Zeit als je zuvor genommen hatten. Tilman Santarius vom Wuppertal Institut zeigte in einem konzentrierten Kurzreferat Akzeptanzprobleme der ÖSR auf, die nicht nur die Notwendigkeit verbesserten Marketings deutlich machten.

Aus der anschließenden Diskussion ergaben sich klare Aufgaben an den Vorstand:

- Wir müssen dafür eintreten, dass die Ökosteuer keine soziale Schlagseite bekommt – vielleicht auch durch schrittweisen Abbau der Ausnahmeregelungen, die bisher einseitig die Wirtschaft bevorzugen. Beim Vorschlag eines Ökobonus überwogen allerdings die kritischen Stimmen.
- Wir müssen den Wunsch der Bürger respektieren, dass Ökosteuererträge stärker als bisher mit der Finanzierung ökologischer Projekte verknüpft werden – vielleicht auch um den Preis einer Lockerung der Aufkommensneutralität. In jedem Fall muss die Kommunikation der Steuerermäßigungen für Öffentliche Verkehrsmittel, Gasfahrzeuge und KWK als Aufkommensverwendung verbessert werden, immerhin sind dies über 20 % des Aufkommens. So ist auch der Ausweis der Rentenbeitragsenkung auf dem Lohnzettel eine wichtige Aufgabe.
- Wir müssen in den kommenden Monaten unsere eigene Position für eine Ökosteuerfortsetzung nach 2003 konkreter als bisher darlegen – auch wenn wir

davon ausgehen, dass eine detaillierte Diskussion darüber im Wahlkampf selbst weder wünschenswert noch wahrscheinlich ist.

Insgesamt dürfen wir uns hier ausnahmsweise ein bisschen Eigenlob gönnen, das wir aber sofort als ganz spezielles Lob an das Organisationsteam, Andrea Kuss und Christof Sauer, weiterleiten. Ohne ihren wochenlangen Einsatz wären der reibungslose Ablauf, die erfreulichen Begegnungen und die gelungenen Diskussionen dieser Tage nicht möglich gewesen. Den schönsten Dank für uns formulierten gleich mehrere Mitglieder: „Die beste MV, die der FÖS je hatte“.

Mit Dank an alle, die dazu beigetragen haben:  
Ihr Anselm Görres

## 2. ÖSR-Diskussion in Deutschland

### **FÖS gratuliert Ökosteuer zum Dritten Geburtstag**

Am 1. April 2002 wird die Ökosteuer drei Jahre alt – aus diesem Anlass appelliert der Münchner Förderverein Ökologische Steuerreform an Presse und Öffentlichkeit, in den kommenden Monaten dafür zu sorgen, dass die Ökosteuerdiskussion nicht unter die Wahlkampfträder gerät. Bei der Ökosteuer geht es um die Sicherung langfristiger Zukunftschancen und um überparteiliche Verantwortung für die ökologische Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens. So wenig wie die Zuwanderungsdebatte hat die Ökosteuer es verdient, zum bloßen Zankapfel der Parteipolitik zu werden.

Ohne dass die Deutschen es merkten, ist die deutsche und europäische Ökosteuer längst zum Exportartikel geworden. Vielleicht noch nicht für die konkrete Gesetzgebung. Doch Wissenschaftler, Umweltexperten und auch Politiker diskutieren heute in der ganzen Welt die Erfahrungen und Erfolge, die zahlreiche westeuropäische Länder mit der Ökosteuer gewonnen haben. So demnächst auch auf der „Third Annual Global Conference on Environmental Taxation“ in Vermont, auf der auch der deutsche FÖS mit einem Beitrag vertreten sein wird.

Trotz sehr behutsamer Preissignale und ihrer kurzen Laufzeit kann die deutsche Ökosteuergesetzgebung an ihrem dritten Geburtstag – zusammen mit den Ölpreiserhöhungen - erste wichtige Erfolge verzeichnen:

1. Der Benzinverbrauch ist im 1. Halbjahr 2001 um 12% gegenüber dem 1. Halbjahr 1999 und um 8% gegenüber dem 1. Halbjahr 2000 zurückgegangen.
2. Mitfahrzentralen verzeichneten im 1. Halbjahr 2000 einen Zuwachs von 25%.
3. Umweltfreundliche Erdgasautos sowie 3- und 5-Literautos und erneuerbare Energien boomen, die Entwicklung des 1-Liter-Autos wurde beschleunigt.

4. Im Jahr 2000 gab es 2% mehr Bahnreisende. Die Transportleistung im Schienenverkehr stieg im Jahr 2000 um 7,9% entgegen rückläufigen Trends.
5. Eine DIW-Studie prognostiziert eine CO<sub>2</sub>-Reduktion durch die Ökologische Steuerreform von 2-3% bis 2005.

Zwei Wochen vor dem dritten Geburtstag der Ökosteuer fanden am 15. und 16. März 2002 in Berlin die jährliche Beiratssitzung und Mitgliederversammlung des FÖS statt. Als neue Mitglieder in den Beirat aufgenommen wurden der namhafte Ökonom Prof. Dr. Norbert Walter, und der ehemalige griechische Finanzminister Yannis Paleocrassas, auch früheres Mitglied der Europäischen Kommission. Auf der Mitgliederversammlung wurde Diplom-Mathematiker Andreas Sauter als neuer Schatzmeister gewählt. Der Vorsitzende Dr. Anselm Görres, Unternehmer in München, und das Vorstandsmitglied Bettina Meyer, Volkswirtin im Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Bereits 2001 waren die beiden weiteren Vorstandsmitglieder Kai Schlegelmilch (jetzt Stellvertretender Vorsitzender) und Gunther Willeitner bis 2003 gewählt (Pressemitteilung des FÖS, 27.3.2002).

### **SPD-Vizefraktionschef Müller: „Ökosteuer wird nicht weiter ausgebaut“**

Die Ökosteuer gilt als eines der Prestigeprojekte der rot-grünen Bundesregierung. Union und FDP sehen sie vor allem als Konjunktur-Hemmnis. Im Interview erläutert Michael Müller, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, wie die Koalition die Ökosteuer weiter entwickeln will.

*Herr Müller: 1998 ist die Bundesregierung mit dem Ziel angetreten, in fünf Stufen eine Ökosteuer einzuführen und im Gegenzug die Sozialabgaben zu senken. Tatsächlich hat die Abgabenlast eher zugenommen.*

**Michael Müller:** Die Absenkung des Rentenbeitragsatzes von 20,3 auf unter 19 Prozent haben wir in der Tat nicht ganz geschafft. Derzeit liegt er bei 19,1 Prozent. Aber ohne Ökosteuer würden die Lohnnebenkosten heute um 1,7 Prozent höher liegen. Es hätte also ohne die Stabilisierung durch die Ökosteuer einen Anstieg bei den Lohnnebenkosten gegeben.

*War es nicht ein Geburtsfehler, das Ökosteuer-Aufkommen zur Finanzierung der Renten zu verwenden?*

Ursprünglich wollten wir als Gegenleistung zur Erhebung der Ökosteuer den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung beziehungsweise die Lohn- und Einkommensteuern senken. Dann kam das Finanzierungsdebakel bei der Rente hoch. Positiv muss man feststellen: Wahrscheinlich wäre die Ökosteuer nicht so gekommen, wenn die Situation bei der Rente anders gewesen wäre.

*Sind Sie zufrieden mit der Ausgestaltung der Ökosteuer?*

Ich hätte mir gewünscht, dass manches Detail anders ausgesehen hätte. Wir haben damals schmerzhaft lernen müssen, wie stark der Einfluss aus Brüssel ist. Wir konnten zum Beispiel nicht die erneuerbaren Energien aus der Ökosteuer-Erhebung herausnehmen - das war europarechtlich nicht möglich.

*Ziel der Ökosteuer ist es, klimafreundlichen Energieverbrauch zu fördern, etwa bei der Wahl des Verkehrsmittels. Hat sich diese Lenkungswirkung eingestellt?*

Untersuchungen für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung zeigen, dass erstmals seit Ende der 70er-Jahren die Energieproduktivität deutlich zugenommen hat. Beim Verbrauch sind wir sparsamer und effizienter geworden. Zweitens erleben wir einen Boom beim Verkauf energiesparender Autos und Haushaltsgeräte. [...]

*Jürgen Trittin hat angekündigt, die Bundesregierung wolle das Konzept positiv weiter entwickeln. Was bedeutet das konkret?*

In der bestehenden Form wird die Ökosteuer nach 2003 nicht weiter ausgebaut. Eine Fortentwicklung müsste so aussehen, dass man Wechselmechanismen etwa mit der Lkw-Maut, der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs oder mit dem geplanten europäischen Emissionshandel berücksichtigt. Mit Hilfe eines Teils des Steueraufkommens könnte man öffentliche Verkehrsangebote gegenüber dem Individualverkehr stärken.

*Auf europäischer Ebene konzentriert sich die Debatte inzwischen auf den so genannten Emissionshandel: Länder oder Unternehmen, die mehr Klimaschutz leisten, sollen Geld von denen erhalten, die ihre Hausaufgaben nicht machen.*

Ich gehe davon aus, dass es in Europa einen Durchbruch für den Emissionshandel geben wird. Dann würde es nicht länger so sein, dass Deutschland fast zwei Drittel aller Klimaschutzanstrengungen der ganzen EU leistet, während Spanien und Portugal, die ihren Ausstoß noch steigern, nichts tun. Durch den Emissionshandel wird es erstmals klare Gemeinschaftsziele geben, so dass jedes Land verpflichtet ist, selbst zu handeln. [...]

*Sie selbst bestätigen, dass die Ökosteuer - so wie sie ist - Defizite hat.*

Die Ökosteuer allein ist nicht der Königsweg. Die Grundidee bleibt richtig und wichtig: Es gibt keine Alternative zu einer Ökologisierung der Produktion. Anders können wir unsere Wirtschaftskraft nicht auf Dauer sichern. Es ist eine Illusion, wenn wir meinen, wir könnten Jobs sichern, indem wir dies auf Kosten der Natur tun. Diese traditionellen ökonomischen Anpassungsstrategien taugen nicht für die Zukunft.

Der Einschnitt der Globalisierung geht zu tief. Über das Zusammenwachsen der Welt kommen soziale und ökologische Probleme in voller Härte zu uns zurück. Die Ökosteuer ist ein Beitrag, diese globale Zukunftsaufgabe zu bewältigen.

*Das heißt aber auch, dass eine nationale Steuer kein Konzept gegen ein Welt-Problem sein kann.*

In der aktuellen weltpolitischen Situation dominiert eine Politik der wirtschaftlichen und militärischen Stärke, wie es die USA vormachen. Aus meiner Sicht besteht international die größte Profilierungsmöglichkeit Europas darin, im Prozess der Globalisierung die Frage der ökologischen Modernisierung offensiv voran zu bringen. Dies ist eine Chance für Europa (Berliner Morgenpost, Christoph Irion, 03.03.2002).

***FÖS begrüßt Ökosteuer-Bestandsgarantie durch Edmund Stoiber und bietet ihm Mitgliedschaft im Beirat an (Pressemitteilung des FÖS, 28.2.2002)***

Edmund Stoiber will die Ökosteuer „nicht weiter erhöhen“ – ergo: auch nicht abschaffen, wie er und andere in den Unionsparteien dies noch in den vergangenen Jahren den Wählern versprochen hatten. Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) begrüßt ausdrücklich das Bekenntnis des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zu den bisherigen Stufen der Ökologischen Steuerreform und bietet ihm daher die Mitgliedschaft in seinem Beirat an.

Diesem gehört bereits ein anderes CSU-Mitglied, Josef Göppel, der Vorsitzende des Arbeitskreises Umweltschutz der CSU sowie der ehemalige Vizekanzler Österreichs, Josef Riegler (konservative österreichische Volkspartei - ÖVP) an. Es zeuge von Edmund Stoibers' Weitsicht und Einsicht in ökologische und ökonomische Notwendigkeiten, diese wichtige Rahmenbedingung und Planungssicherheit zu gewährleisten. Diese seien zentral für einen ökologischen Strukturwandel, wie auch zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigten, so der FÖS. Er müsse in Zukunft aber beweisen, dass er ein festeres Rückgrat habe als die ehemalige Bundesumweltministerin Angela Merkel, die noch 1997 die Auffassung vertrat, die Ökosteuer sei „schrittweise anzuheben“ und damit die „Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zu ermöglichen“, heute dagegen die Abschaffung der Ökosteuer fordert.

Diese Abschaffung würde auch bedeuten, die Beiträge zur Rentenversicherung um knapp 2% zu erhöhen – eine ganz und gar falsche Weichenstellung für den Arbeitsmarkt! Frau Merkel ging kürzlich sogar noch weiter: Zur Finanzierung eines vorzeitigen Ökosteuer-Ausstiegs – also für faktisch noch mehr Umweltbelastung durch Straßenverkehr – wollte sie sogar die Neuverschuldung des Staates erhöhen. Dies käme einer doppelten Belastung unserer Zukunft gleich.

Gleichzeitig kritisiert Herr Waigel die Bundesregierung für die in der Nähe des Maastricht-Kriteriums befindliche Schuldenaufnahme. Gut, dass da wenigstens der bayerische Kanzlerkandidat klaren Kopf bewahrt!

### ***EU-Kommission genehmigt Verlängerung der Ermäßigungen bei der deutschen Ökosteuer***

Die Europäische Kommission hat gemäß den Regeln für staatliche Beihilfen die Verlängerung bestimmter Teilbefreiungen von der deutschen Energiebesteuerung auf Strom und Mineralöle nach dem 31. März 2002 genehmigt. Die Steuerbefreiungen sind für das produzierende Gewerbe, die Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, den Bahnschienenverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr, die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei bestimmt.

Das für Wettbewerbsfragen zuständige Kommissionsmitglied sagte hierzu Folgendes: "Der Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Verlängerung der gegenwärtigen Steuerbefreiungen war ein wichtiger Test für die Leitlinien der Kommission für staatliche Umweltschutzbeihilfen. Der heutige Beschluss zeigt, dass diese Leitlinien den Mitgliedstaaten eine Reihe von Möglichkeiten geben, um Maßnahmen vorzusehen, mit denen die Unternehmen von einem Teil der zusätzlichen Steuerlast befreit werden, ohne das grundlegende Ziel des Umweltschutzes zu beeinträchtigen, der eigentlichen Grundlage für die Gewährung derartiger Beihilfen. Ich bin erfreut, dass dies von der deutschen Regierung mit ihrem Beschluss anerkannt wurde, ihre ursprünglichen Pläne zu ändern." (Pressemitteilung der Kommission, Brüssel, 13.02.2002)

### ***Emissionshandel und Ökosteuern für effektive Klimapolitik kombinieren!***

Klimaschutz braucht sowohl Ökosteuern als auch Emissionshandel. Über fünfzig Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik loteten auf einem von Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) und Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) gemeinsam veranstalteten Workshop am 19.4. 2002 in Hamburg aus, wie die Rollenverteilung für die beiden Instrumente aussehen kann. Vor dem Hintergrund der massiven Lobbytätigkeit einiger deutscher Industrieverbände gegen den Richtlinienentwurf der EU-Kommission zum Emissionshandel betonte Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz und Leiter des Schwerpunkts Internationale Klimapolitik am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, dass sich ein Emissionshandelssystem ohne weiteres mit einer Emissionsteuer verbinden lasse. Dann könne sich ein Unternehmen entscheiden, ob es am Emissionshandel

teilnehme oder Steuer zahle.

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, sah große Ähnlichkeiten zwischen der Ökosteuer und einem Versteigerungsmodell für Emissionsrechte. Demgegenüber bedeutete ein „Großvatermodell“ (mit kostenlos vergebenen Rechten der derzeitigen Emittenten) einen Verzicht auf die „Doppelte Dividende“. Der Staat sei dann nicht mehr in der Lage, belastete Branchen oder Konsumenten für zertifikatebedingte Preissteigerungen zu entschädigen. Zur Abdeckung von Regelungslücken der Ökosteuer kämen dennoch auch Emissionsrechte nach dem „Großvatermodell“ in Frage. Bei der Ökologischen Steuerreform sei man in der Konkretisierung und Realisierung wesentlich weiter als beim Emissionshandel; letzterer könne aber vielleicht auf EU-Ebene im Gegensatz zur Steuer durch Mehrheitsbeschluss durchgesetzt werden.

Tilman Santarius vom Wuppertal-Institut schlug vor, Emissionsrechte kostenlos auszugeben, aber jährlich eine Steuer auf die Emissionsrechte zu erheben. Dr. Roland Geres von Future Camp stellte am Beispiel des Verkehrssektors ein Modell vor, wie ein Emissionsrechtehandel in die gleiche Richtung wie eine Steuer wirken kann, die Instrumente aber jeweils unterschiedliche Zielgruppen haben. Die derzeitige Klimavorsorgevereinbarung mit der deutschen Industrie könne laut Kai Schlegelmilch vom Bundesumweltministerium als Basis für die Zuteilung und teilweise Versteigerung von Emissionsrechten dienen; Ermäßigungen bei der Ökosteuer könnten möglicherweise nur noch gewährt werden, wenn ein Unternehmen beim Emissionshandel teilnehme. Damit würde auch ein Anreiz zur Teilnahme der Industrie gegeben. Die allgemeine Diskussion konzentrierte sich auf die Durchsetzbarkeit klimapolitischer Instrumente. Es bestand Konsens, dass es keinen zwangsläufigen Gegensatz zwischen Emissionsrechtehandel und Ökologischer Steuerreform geben müsse und mit Hilfe des Emissionsrechtehandels „tote Winkel“ der Umweltpolitik geschlossen werden könnten, die in der Vergangenheit entstanden sind (Gemeinsame Presseerklärung FÖS/ Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz).

### ***Meinungen in der deutschen Industrie zur Einführung eines Emissionshandels***

In einer Studie des Wuppertal Institutes haben Tilman Santarius und Hermann E. Ott die „Meinungen in der deutschen Industrie zur Einführung eines Emissionshandels“ dargestellt. Sie hat das Ziel, zum einen einen Überblick über den allgemeinen Informationsstand und die Meinungen von Unternehmen in Deutschland zum Thema Emissionshandel zu geben. Zum anderen bietet sie eine Grundlage, mittels empirischer Daten einige der in der öffentlichen Diskussion genannten Argumente zur Einführung eines Emis-

sionshandelssystem in Bezug auf ihre inhaltliche Stichhaltigkeit und auf ihre Verallgemeinerbarkeit für betroffene Unternehmen zu beurteilen.

Die Studie basiert zum einem Teil auf einer quantitativen Auswertung von Fragebögen, die im letzten Herbst an Unternehmen wesentlicher energieintensiver Sektoren Deutschlands versandt wurden. Die Untersuchung ist nicht repräsentativ für die deutsche Wirtschaft insgesamt, kann aber Aussagen treffen über diejenigen Sektoren, welche besonders von der Einführung eines Emissionshandels betroffen wären. Zum anderen Teil basiert die Studie auf durchgeführten Experteninterviews, welche sechs Unternehmensvertreter sowie Repräsentanten der Bundesregierung und des Bundesverbands der deutschen Industrie umfassen.

Die Studie zeigt vor allem die große Meinungsvielfalt der befragten Unternehmen zum Thema Emissionshandel. Verallgemeinerungen, welche für alle untersuchten Unternehmen zutreffen, sind nur eingeschränkt möglich. Folgende Thesen lassen sich jedoch formulieren:

- Der Wissensstand vieler Unternehmen über das Thema Emissionshandel ist sehr begrenzt, und ein Meinungsbildungsprozess zu diesem Thema hat bei vielen Unternehmen noch nicht stattgefunden.
- Unternehmen zeigen keine klare Präferenz für ein bestimmtes umweltpolitisches Instrument. Auch für die konkrete Ausgestaltung eines Emissionshandelsystems lassen sich keine allgemeinen Präferenzen konstatieren; allerdings drängt sich der Eindruck auf, dass Unternehmen eine verpflichtende Teilnahme an einem Emissionshandel gegenüber einer freiwilligen Teilnahme bevorzugen würden.
- Die Komplexität des Themas und die Diskrepanz der Meinungsverschiedenheiten ist zu groß, als dass einzelne Stellungnahmen einen repräsentativen Anspruch für andere deutsche Unternehmen erheben könnten. Kurze Urteile und Stellungnahmen einzelner Unternehmen oder Unternehmensverbände, seien sie nun positiv oder negativ zum Emissionshandel eingestellt, können nicht die Vielschichtigkeit der Meinungen widerspiegeln.
- Die Mehrzahl der befragten Unternehmen antizipiert einen Emissionshandel entweder als kostenneutral oder als eine potentielle Einnahmenquelle, nicht jedoch als Kostenfaktor. Dies stellt die häufig genannte Annahme in Frage, der Emissionshandel sei für die deutsche Wirtschaft mit der Angst vor Mehrkosten verbunden.

Um die Einführung eines Emissionshandels adäquat vorzubereiten, so lässt sich als Empfehlung aus dieser Studie zuvorderst ableiten, muss die Informationsvermittlung deutlich erhöht werden. Es besteht großer Wissens- und Aufklärungsbedarf, insbesondere sei-

tens mittelständischer und kleinerer Unternehmen. Wie die Untersuchung ferner zeigt, sind Unternehmen nicht ausreichend in die Meinungsbildung ihrer Verbände zum Thema eingebunden. Auch seitens der Bundesregierung erhalten Unternehmen bisher keine ausreichenden Informationen. Eine Intensivierung diesbezüglich mittels unterschiedlichster Informationskanäle erscheint daher unabdingbar, um die deutschen Unternehmen effektiv in ihrer Vorbereitung auf die Einführung eines Emissionshandels zu unterstützen.

Den gesamten Bericht können Sie sich unter der angegebenen Adresse herunterladen.

<http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP122.pdf>

### 3. ÖSR und Umwelt international

#### *Neue Chance für EU-weite Energiesteuerharmonisierung?*

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich prinzipiell darauf geeinigt, bis zum Ende des Jahres die Energiesteuern zu harmonisieren. Um einheitliche Steuern durchzusetzen (Mindeststeuersätze und Strukturen) ist allerdings Einstimmigkeit notwendig. Skepsis ist also angebracht, ob eine für alle Mitgliedsstaaten passende Lösung gefunden werden kann. Mehr dazu:

#### **Energy Tax Harmonization Back on the Table?**

Earlier this week, European Union member states agreed in principle to establish an energy harmonization tax by the end of the year. Energy tax harmonization, originally proposed as a carbon dioxide tax in 1992, has been stalled for four years by opposition from some members. Any tax legislation must receive unanimous approval by all EU member states in the Council of Ministers. The energy harmonization proposal is designed to increase the cost of fossil fuels and help the EU meet its Kyoto Protocol greenhouse gas reduction commitments. The agreement came after EU member states agreed to liberalize EU electricity and gas markets for businesses by the end of 2004, a central demand of Spain. EU leaders remain skeptical about the prospects of formulating an energy tax harmonization plan suitable to all member states; Britain, for example, wants an exemption for household consumers, Germany wants exemptions for energy-intensive industries, and France, Italy, and the Netherlands have insisted on fuel tax exemptions for truck companies. (Tax News Update, Vol. 21, No. 10, 21.03.02).

#### *Alibiaktion der USA*

Nach dem Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll haben die USA nun eine Klimainitiative vorgeschlagen – eine Alibi-Aktion, wie die EU kritisiert.

Neben einem Programm zur Reduktion klassischer Luftschadstoffe (Stickoxide, Schwefeldioxid und

Quecksilber) hat Präsident Bush einen „neuen“ Zugang zur Klimapolitik vorgeschlagen: In den nächsten 10 Jahren soll die Treibhausgas-Intensität der amerikanischen Wirtschaft um 18 Prozent sinken. Damit wird jedoch – im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll – ein relatives Ziel und nicht ein absolutes definiert. Ursprünglich hatten die USA ja zugesagt, bis 2012 um sieben Prozent weniger Treibhausgase als 1990 zu emittieren. Das nun verkündete Ziel bedeutet jedoch, dass die Emissionen bezogen auf die Wirtschaftsleistung zurückgehen. Da die Wirtschaftsleistung in dieser Zeit jedoch bedeutend stärker ansteigt, liegen im Jahr 2012 die Emissionen um etwa 35 Prozent über dem Niveau von 1990 – statt um sieben Prozent niedriger. Die EU hat diesen Vorschlag kritisiert und darauf hingewiesen, dass eine Reduktion der Emissionsintensität in den USA – wie in anderen Industriestaaten auch – schon in der Vergangenheit stattgefunden hat und keine zusätzlichen Maßnahmen erfordert (Wirtschaft & Umwelt, 1/2002).

### ***EU gibt grünes Licht für Kyoto-Ratifizierung***

Die Umweltminister der EU haben die gesetzliche Grundlage geschaffen, um alle Mitgliedsstaaten zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu verpflichten. Mehr dazu:

#### **EU gives green light to Kyoto ratification**

EU environment ministers today unanimously adopted a legal instrument obliging each member state to ratify the Kyoto protocol. The move means governments have formally agreed to be bound by the global climate accord. It sets in train an irreversible process that the EU hopes will culminate with the protocol entering into force during this autumn's world sustainability summit in Johannesburg.

Universally described today by ministers, the European Commission and environmentalists as a "historic" decision, the adoption of the law, proposed last October, gives legal force to the EU's 1998 "burden-sharing" agreement. This is the mechanism through which the bloc is translating its collective Kyoto commitment into requirements for each member state. Before the EU can formally ratify the protocol by sending the ratification instrument to the UN's New York headquarters, each member state must receive clearance from its national parliament. Only four are currently in this position, though Commission officials today said they expected the rest to reach this point before the end of May.

Officials are also confident that Japan and Russia – the other main industrialised country signatories to the protocol whose ratification is needed as a minimum for it to enter force – will take a similar step before Johannesburg.

Today's agreement also removes lingering doubts

over the integrity of the EU's burden-sharing pact after Denmark had called for an adjustment to take into account its lower than normal emissions during 1990, the protocol's base year for reduction calculations. The Danish government had argued that its resulting target was unfairly tight.

Instead, the "Danish problem" has been deferred until 2006, when Kyoto emission reduction commitments, currently expressed as percentages, are translated into maximum emission ceilings expressed as tonnes of carbon dioxide equivalent. Denmark's concerns will be "taken into account" at this stage in the process, ministers said.

Today's ratification instrument was adopted on the EU treaty's "environment" legal basis, requiring only a qualified majority for approval. Though most member states had argued that the law concerned energy policy and should have required unanimity, some were against. Since to change the legal base would itself have required unanimity it was therefore blocked.

The Commission and environmentalists had worried that changing the legal base could provide a precedent for a similar change in other climate-related proposals, such as emissions trading. This would be likely to slow or even halt their adoption, they feared (Environment Daily 1170, 04.03.02).

### ***Rückschritt bei der Ökologischen Steuerreform in Großbritannien***

Nach Ansicht der NGO Friends of Earth hat der britische Finanzminister Gordon Brown bezüglich der Ökologischen Steuerreform jede Orientierung verloren. Mehr dazu:

#### **UK "going backwards" on green tax reform**

Britain's 2002-3 budget unveiled last week shows finance minister Gordon Brown has "lost his nerve and sense of direction" on ecological tax reform, NGO Friends of the Earth (FoE) claimed yesterday. In a letter to the Financial Times newspaper, Tim Jenkins of FoE said that a rise in employment taxes had "wiped out in one go all the previous small cuts paid for by the climate change levy, aggregates levy and...landfill tax". Meanwhile, freezing road fuel duty would reduce CO<sub>2</sub> savings by 0.1m tonnes of carbon per year to 2010 (Environment Daily 1202, 23.04.02).

### ***Italien: Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer gefordert***

Ein Komitee italienischer Parlamentarier empfiehlt die Abschaffung der kontroversen CO<sub>2</sub>-Steuer. Die „ineffektive“ Steuer solle vielmehr durch eine sinnvollere Steuerpolitik ersetzt werden. Mehr dazu:

#### **Italy urged to abolish "ineffective" carbon tax**

A committee of Italian MPs has recommended abolition of the country's controversial carbon tax in a review of national energy policy issued last week. The government should replace the "ineffective" measure

with an "adequate and rational tax policy", said the chamber of deputies' industry committee.

The ill-fated carbon tax was introduced in 1999 before being swiftly suspended in the interests of battling inflation.

After stating that Italy's "weak" energy sector hinders the country's economic performance, the committee goes on to suggest that market liberalisation should be accelerated, power infrastructure upgraded and transmission networks improved.

Other recommendations include promoting electricity from renewable sources, including waste-to-energy, wind and photovoltaic. Energy supply should be diversified both by looking for new sources of gas and oil imports, and by using "clean" coal as a fuel.

The committee's report is expected to influence government proposals for an overhaul of Italy's energy sector, due this spring (Environment Daily 1204, 25.04.02).

#### 4. Aktivitäten rund um die Ökosteuer

##### *Newsletter des EEB zur ÖSR*

Das EEB (European Environmental Bureau) hat im März den ersten Newsletter zu seiner Kampagne über eine Ökologische Finanzreform herausgegeben. Den Newsletter (englisch) finden Sie unter:

[http://www.eeb.org/activities/env\\_fiscal\\_reform/newsletter1.pdf](http://www.eeb.org/activities/env_fiscal_reform/newsletter1.pdf)

##### *Jugend will Wirtschaft (öko)logisch steuern*

Auf Initiative der NAJU (Naturschutzjugend im NABU) wurde mit den Jugendorganisationen aller im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien ein gemeinsames Papier zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft verfasst. Darin haben sie sich auf zahlreiche Forderungen, vom Abbau umweltschädlicher Subventionen bis hin zur Förderung ökologisch sinnvoller Technologien, geeinigt. "Als Jugendverbände sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Interessen der heutigen Jugend und künftiger Generationen zu artikulieren", so Edith Grupp, Vorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg. Dazu gehören insbesondere die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

"Wir waren uns recht schnell einig, dass bisher ein Defizit in der Nutzung marktwirtschaftlicher Elemente besteht, um ökologische Ziele zu erreichen", sagt Damian Ludewig, Landesjugendsprecher der NAJU Baden-Württemberg und VWL-Student in Heidelberg. Dass die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts darin besteht, von der Sozialen hin zu einer Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft zu kommen, sieht auch Felix Glaser, Spitzenkandidat der Jungliberalen für die kommende Bundestagswahl, so. Er prangert vor allem die Subventionierung des Klimakollapses an: "Es kann nicht

sein, dass wir es uns mit leeren Staatskassen erlauben, Klimakiller wie die Kohle zu subventionieren!"

Die Jugendlichen fordern die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips, nach dem jeder für die von ihm verursachten Schäden bezahlen muss. Bisher werden die Kosten für Naturverbrauch und Umweltzerstörung zumeist auf die Allgemeinheit abgewälzt und sind somit für den Einzelnen weder sichtbar noch wird deren Begleichung von ihm eingefordert.

Martin Rosemann, Landesvorsitzender des Jusos meint, man könne fast zu dem Schluss gelangen, "dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem vor allem darauf angelegt ist, möglichst viele Arbeitsplätze zu vernichten und ökologisches Handeln zu sanktionieren, wo immer es geht." So würden heute über 60 Prozent aller Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit erhoben während die Besteuerung von Ressourcenverbrauch gerade mal mit 10 Prozent zu Buche schlage. Und da seien Tabak- und Biersteuer schon mit eingerechnet.

Auf weitere unsinnige Subventionen weist Sandra Dümer, Vorsitzende der Grünen Jugend hin. So sei Kerosin, der Treibstoff für das klimaschädlichste Verkehrsmittel überhaupt, bisher von Mineralöl- und Mehrwertsteuer befreit, die viel zu hohe Entfernungs-pauschale fördere Zersiedelung und Fernverkehr und auch der ermäßigte Steuersatz auf Dieselkraftstoffe sei ökologisch nicht zu rechtfertigen.

Die Jugendlichen haben jedoch gleich klargemacht, dass es ihnen nicht darum geht, neue Finanzquellen für den Staat aufzumachen oder beim Bürger abzukassieren. Daher solle das Aufkommen für alle Bürger gleich durch einem pauschalen Betrag zurückgegeben werden. Unternehmen bekommen den gleichen Satz pro Beschäftigtem ausbezahlt, um einen Anreiz für Arbeitsplätze zu schaffen (Presseerklärung NAJU, 26. Februar).

#### 5. Weitere Umwelt- und Wirtschaftsthemen

##### *Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz seit 1. April in Kraft*

Der Bundesrat hat am 1. März 2002 das neue Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verabschiedet. Ziel des zum 1. April in Kraft getretenen Gesetzes ist die Sicherung und der Ausbau der ressourcenschonenden und klimafreundlichen Form der Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen). Bestehende KWK-Anlagen werden befristet geschützt, und es wird ein Anreiz zu ihrer Modernisierung geschaffen. Das Gesetz soll außerdem den Ausbau der Stromerzeugung in kleinen Blockheizkraftwerken und die Markteinführung von Brennstoffzellen anregen. Das Gesetz sieht die Zahlung einer Einspeisevergütung für solchen Strom vor, der in besonders effizientem Kraft-Wärme-Kopplungsbetrieb erzeugt und in die Netze für die allgemeine Versorgung eingespeist

wird. Den vorgesehenen Zuschlag werden nur Betriebe erhalten, die auch tatsächlich CO<sub>2</sub> mindernden Strom erzeugen. Die Betreiber begünstigter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erhalten bis zum Jahr 2010 Zuschlagszahlungen von insgesamt voraussichtlich 8,7 Milliarden Mark. Besonders gefördert werden die Betreiber von Brennstoffzellen-Anlagen. Sie erhalten für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Inbetriebnahme einen Zuschlag von 5 Cent pro eingespeister Kilowattstunde. Zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für den Standort Deutschland ist eine Belastungsobergrenze für die Wirtschaft vorgesehen (INFOBRIEF No. 8; 03/2002, der Gesellschaft für Nachhaltigkeit, Neue Umweltökonomie und nachhaltigkeitsgerechtes Umweltrecht e.V. (GfN)).

#### ***Umweltweisen: deutsche Vorreiterrolle in der Umweltpolitik gefordert***

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat der Bundesregierung in seinem alle zwei Jahre erscheinenden Umweltgutachten ein überwiegend positives Zeugnis ausgestellt, in einigen Bereichen aber auch erhebliche Nachbesserungen angemahnt. Seit dem Amtsantritt von Rot-Grün habe es beim Umweltschutz "erhebliche Fortschritte" gegeben, sagte der amtierende Vorsitzende des Gremiums, Martin Jänike, am Donnerstag in Berlin. Dies betreffe vor allem die Landwirtschaft, den Naturschutz und mit Abstrichen auch den Klimaschutz. Deutschland habe innerhalb der EU in der Umweltpolitik eine "unbestrittene Vorreiterrolle" eingenommen, die in den nächsten Jahren aber weiter ausgebaut werden müsse.

Zentraler Baustein einer zukunftsweisenden Wirtschafts- und Finanzpolitik sind nach Einschätzung der Umweltweisen der langfristige Ausbau der Ökosteuer sowie eine radikale Wende in der Energiepolitik (Berliner Zeitung, 12.04.2002).

#### ***Emissionsangaben für Autos irreführend***

Ein als Acht-Liter-Auto bezeichnete PKW ist in Wahrheit – nach Maßgabe seines Klimaeffekts – ein Elf-Liter-Auto. Das belegen die Wissenschaftler des Wuppertal Instituts, Prof. Dr. Rudolf Petersen (Verkehr) und Dr. Hans-Jochen Luhmann (Klima). Sie rechnen vor: Insbesondere der Betrieb von Klimaanlagen, mit denen heutzutage 90 Prozent der deutschen Neuwagen ausgestattet sind, sorgt bereits für 1 Liter Mehrverbrauch, dazu kommen 0,4 Liter aufgrund von Verlusten des Kältemittels mit seinem sehr starken Treibhauseffekt.

Die Emissionen des Katalysators an Lachgas, ebenfalls ein Treibhausgas, entsprechen einer Erhöhung des Benzinverbrauchs um nochmals 0,4 Liter. In den behördlich normierten Verbrauchsangaben deutscher Automobilhersteller unberücksichtigt bleiben ebenfalls Fahrweisen und weitere Zusatzausstattungen –

zu veranschlagen sind dafür mindestens 1,2 Liter.

Die Autoren halten realistische Angaben über die tatsächlichen Klimabelastungen der Fahrzeuge für dringend erforderlich. Bei den Verbrauchsvorschriften des Gesetzgebers geht es bisher nur um den Energiebedarf für normierte Fahrzeugbewegungen. Der Zusatzbedarf für den Betrieb des hochkomfortablen "Erlebnisraums Auto" und die weiteren Treibhausgasemissionen sind dringend zu berücksichtigen (Pressemittteilung 4/2002 Wuppertal Institut).

#### ***6. Beiträge und Reaktionen unserer Leser***

Your newsletter looks terrific — if only I knew more German! *eine englischsprachige Interessentin*

Ich bin von Ihrem neuen Newsletter wieder begeistert. Da ich diese Arbeit unterstützen will, wäre ich bereit den Mitgliedsbeitrag für ein aktives Mitglied zu leisten.

*W.E. aus Augsburg*

Glaube das entscheidende Problem mit Akzeptanz von ÖSR ist die fehlende Transparenz der Zusammenhänge (Kosten für den Bürger und die Zweckbindung/Verteilung der Erlöse) sowie griffige und einleuchtende Erklärung. Notwendiger Wandel der Mobilität erschwert durch einfalllose und schlampige Verkehrspolitik im Bereich Schiene!!! Bei leeren öffentlichen Kassen Transrapid zu fördern, erscheint als teures Geschenk an Technologiestandort Deutschland, aber nicht als verantwortungsbewusste Lösung bestehender Verkehrsprobleme.

*F.M. aus Chieming*

#### ***7. Kurzmeldungen***

##### ***EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen***

Der Europäische Rat hat die von der Kommission erarbeitete EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Zentrale Handlungsfelder sind "Armut", "Überalterung", "Klimawandel", "Gesundheit", "Natürliche Ressourcen", "Verkehr und Flächennutzung".

##### ***Gesetz zur Ratifizierung des Kyoto-Protokoll verabschiedet***

Der Bundesrat hat am 26. April 2002 das Gesetz zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls gebilligt. Diese Entscheidung des Bundesrates ist wichtig, um den Zeitplan zum In-Kraft-Treten des Kyoto-Protokolls einzuhalten.

Im "Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen" verpflichten sich die Industriestaaten, ihre gemeinsamen Emissionen der wichtigsten Treibhausgase im Zeitraum 2008 bis 2012 um mindestens 5 Prozent zu senken.

Die Bundesregierung hatte sich mit großem Engagement an den Diskussionen zur Umsetzung des Kyoto-

Protokolls beteiligt. Sie nimmt mit ihrer Verpflichtung, für den Zeitraum von 2008 bis 2012 ihre Treibhausgasemissionen auf 21 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren, auch weiterhin eine Vorreiterrolle in der Staatengemeinschaft ein. Bis heute wurde gegenüber 1990 schon eine Minderung von 18,7 Prozent erreicht und damit eine gute Grundlage geschaffen, um angestrebte Minderungsziel zu erfüllen.

Wenn es auch international gelingt, den Zeitplan für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu erfüllen, werden im September 2002 in Johannesburg auf der Internationalen Konferenz für nachhaltige Entwicklung zum ersten Mal verbindliche Ziele und Maßnahmen für den globalen Klimaschutz in der internationalen Staatengemeinschaft in Kraft treten. Dies ist ein erster und wichtiger Schritt, den von Menschen verursachten Klimaänderungen, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährden, entgegenzutreten (<http://www.bundesregierung.de>, 26.04.2002).

#### 8. Service: Links

##### **Pilotsystem zur Erfassung von Energieverbräuchen**

Seit einigen Tagen ist das erste Pilotsystem zur Erfassung von dezentralen elektrischen Energieverbräuchen unseres Beiratsmitglieds Georg Riegel einsatzbereit. Es erfasst automatisiert die kleinsten Standby-Verbräuche ebenso gut wie beliebig große Verbräuche (vorerst im 1-phasigen Niederspannungsbereich). Die aktuellen technischen Möglichkeiten und die geplanten Entwicklungen sind auf den Info-Seiten abrufbar. Diese Seiten sind noch provisorisch und sollen nur den Zweck erfüllen, einige wesentliche Informationen zu übermitteln.

<http://dezem.de>

##### **„Business for Climate“: e-mission 55 neue Website**

Die Wirtschaftsinitiative für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, e-mission 55, hat einen neuen Internet-Auftritt. Neben einem frischeren optischen Eindruck sind alle redaktionellen Inhalte auf den neuesten Stand gebracht worden. Die Website ist gegliedert in die Bereiche „Presse“, „Wirtschaftsperspektive“ mit Statements von Wirtschaftsvertretern, „Länderbericht“ mit Nachrichten zum Stand der Kyoto-Debatte in verschiedenen Ländern, „Unterzeichner“ mit einer vollständigen Liste der Unterzeichner der e-mission 55-„Klimaerklärung der Wirtschaft“, sowie Kontakten und Links. Redaktionell betreut wird die Website von ECC Kohtes Klewes. e-mission 55 hat bis zum Weltgipfel in Johannesburg einen vollen Terminkalender. Unternehmen, die sich zum Kyoto-Protokoll bekennen, sind nach wie vor eingeladen, der Initiative beizutreten (Sustainable Agenda Mail Service, Ausgabe 14, März 2002).

<http://www.emission55.com>

##### **Eckpunktepapier zur Weiterführung der Ökosteuer**

Ein Eckpunktepapier des BUND zur Weiterführung der Ökosteuer erhalten Sie unter:

<http://www.oeko-steuer.de> (Rubrik Kommentare).

#### 9. FÖS: In eigener Sache

##### **Protokoll der Mitgliederversammlung**

###### **TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden**

Dr. Anselm Görres begrüßt die erschienenen Mitglieder und Freunde des FÖS. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung fest. Er selbst wird zum Versammlungsleiter, Andrea Kuss zur Protokollführerin bestimmt.

###### **TOP 2: Bericht des Vorstands**

Der Vorsitzende berichtet über die Entwicklungen des letzten Jahres und den Zielen, die sich daraus für 2002 ergeben. Die Mitgliederzahlen stagnieren schon seit längerem bei ca. 150 Mitgliedern, obwohl das Angebot des FÖS im vergangenen Jahr deutlich gesteigert werden konnte. Für den Beirat konnten hingegen mit Norbert Walter und Yannis Paleocrassas neue Mitglieder gewonnen werden, Klaus Töpfer ist einem Beitritt grundsätzlich nicht abgeneigt. Gelobt wird die Zusammenarbeit innerhalb des Vorstands und mit der Geschäftsstelle. Diese ist seit Mai mit zwei Umweltwissenschaftlern besetzt und soll in der Zukunft noch mit Praktikanten verstärkt werden, so dass noch mehr Projekte in Angriff genommen werden.

Christof Sauer von der FÖS-Geschäftsstelle erläutert im Folgenden die Entwicklung und Pläne des vom UBA und BMU geförderten Projektes Homepage und Newsletter. Die Abonnentenzahlen der ÖkoSteuer-News stiegen von der ersten Ausgabe bis heute von ~1100 auf ~2400 an, die Zugriffe pro Woche auf die Homepage von rund 300 im Juni 2001 fast um den Faktor zehn auf knapp 3000 Anfang März 2002. Für das kommende Jahr ist eine weitere Steigerung der Leser- und Zugriffszahlen geplant, ein Ausbau der Kooperationen vergleichbar mit denen mit BUND und dem Wuppertal Institut, eine stärkere Vernetzung zwischen Homepage und Newsletter und der Aufbau einer Expertendatenbank. Hinzu kommen soll ein englischer Newsletter und eine englische Homepage, wenn hierfür entsprechende Finanzierung bewilligt wird. Kai Schlegelmilch erwähnt die zahlreichen Pressemitteilungen, die der FÖS im letzten Jahr herausgegeben hat und durch die die Pressearbeit des FÖS intensiviert werden konnte. Für dieses Jahr weist er auf ein Heft zur Ökologischen Steuer- und Finanzreform hin, dass der FÖS in Kooperation mit dem Ökom-Verlag herausgeben möchte, sowie eine ange-dachte Konferenz mit Unternehmern, in der die faktischen Belastungen durch die ÖSR und deren Wahr-

nehmung in Deutschland und Großbritannien thematisiert werden soll.

Anselm Görres schließt einen kurzen Überblick zur ÖSR-Diskussion in Deutschland an, die er mit dem Satz „Trotz Entspannung ist das Diskussionsniveau steigerbar“ zusammenfasst. Immerhin werden mittlerweile erste Umwelterfolge der ÖSR sichtbar.

Außerdem kann er von seinem USA-Aufenthalt Anfang März berichten, dass es auf der Ebene der Bundesstaaten durchaus Anhänger der ÖSR gibt und er dort für die Globalisierung des Ökosteuergedankens eingetreten ist.

### **TOP 3: Finanzen**

Zum Thema Finanzen erläutert der Vorsitzende, dass das Planvolumen von 140.000 DM bei einer Volumensteigerung um 10.000 DM eingehalten und die Spenden wieder auf das Niveau von 1998 gesteigert werden konnten. Außerdem hat der FÖS mittlerweile eine mündliche Zusage der Förderung durch UBA und BMU bis April 2003.

Die Kassenprüfer Andreas Sauter und Andreas Wolfsteiner, die 2001 für zwei Jahre gewählt wurden, berichten, dass ihnen die Unterlagen vollständig und gut geordnet vorgelegt wurden. Sie regen an, größere Investitionen gesondert zu kennzeichnen und den Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Festeinnahmen, der momentan bei einem Sechstel liegt, zu steigern. Insgesamt ist ihre Risikobewertung aber aufgrund der befristeten Arbeitsverträge und zugesicherten Fördermittel gering. Als Fazit kommen sie zum Ergebnis, dass die Buchführung 2001 ordnungsgemäß erstellt wurde und schlagen die Entlastung des Vorstands vor. Im Folgenden wird der Vorstand ohne Gegenstimme und mit Enthaltung der Vorstandsmitglieder durch die wahlberechtigten Mitglieder entlastet. Der Plan für 2002 wird einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung angenommen.

Anselm Görres bedankt sich herzlich bei den Kassenprüfern für ihre Arbeit.

### **TOP 4: Satzungsänderung**

In der Satzung soll § 11, Absatz 2 von „Der Beirat besteht aus fünf, höchstens 20 Mitgliedern, die vom Vorstand berufen werden“ geändert werden in „Der Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, die vom Vorstand berufen werden.“ Diese Satzungsänderung wird einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung angenommen.

### **TOP 5: Vorstandswahlen**

Die Wahlleitung wird von Kai Schlegelmilch übernommen.

Herr Rädler und Herr von Bennigsen scheiden auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus.

Da die Herren Schlegelmilch und Willeitner im letzten Jahr für zwei Jahre gewählt worden sind, stehen lediglich die Vorstandsmitglieder Bettina Meyer und

Anselm Görres zur Wiederwahl. Sie werden beide für weitere zwei Jahre - bei jeweils einer Enthaltung - in ihrem Amt bestätigt.

Neu in den Vorstand gewählt wird als Schatzmeister - bei einer Enthaltung - Andreas Sauter. Er ist 29 Jahre alt, bei der Münchener Rückversicherung beschäftigt und verfügt über langjährige Erfahrungen im Umweltbereich beim Landesjugendverband des Bund Naturschutz.

Für den sechsten Vorstandssitz werden Emma Kellner und Michael Rodi vorgeschlagen, die den Posten aber wegen Überlastung ablehnen. Da es sonst keine Vorschläge gibt, bleibt der sechste Sitz unbesetzt.

### **TOP 6: Wahl von Rechnungsprüfern**

Für Andreas Sauter wird Emma Kellner als zweite Rechnungsprüferin für 2002 neben Andreas Wolfsteiner - bei einer Enthaltung - gewählt.

### **TOP 7: Vorstellung PETRAS-Studie**

Nach einer kurzen Imbisspause stellt Tilman Santarius vom Wuppertal Institut, Abteilung Klimapolitik, die Ergebnisse einer Ökosteuer-Akzeptanzstudie vor. Durch Experteninterviews mit Entscheidungsträgern aus Politik und Unternehmen und Fokusgruppen mit Personen der allgemeinen Bevölkerung wurden Erkenntnisse über den Kenntnisstand und Einstellungen zur Ökologischen Steuerreform gesammelt. Bei den Unternehmensvertretern herrschten überwiegend gute Kenntnisse des Designs der ÖSR, wobei das Argument der Wettbewerbsfähigkeit überraschenderweise keine Rolle spielte (offenbar weil die Ausnahmeregelungen sehr großzügig sind). Die Vertreter aus der Bevölkerung hatten hingegen nur geringe Kenntnisse des Designs der ÖSR und nahmen nur die Besteuerung, nicht aber die Kompensation wahr.

Die Bevölkerung hat insgesamt geringes Vertrauen, dass das Aufkommen tatsächlich zurückgegeben wird, die Unternehmen, dass die politischen Entscheidungen langfristig verlässlich sind. Insgesamt wurde der Name als irreführend betrachtet und es gab wenig Verständnis für die These der doppelten Dividende. Das gegenwärtige Design wird wegen zu geringer Umwelteffekte, fehlender Jobeffekte und Zweifeln an der Idee der doppelten Dividende kritisiert. Die Studie endet mit den Empfehlungen, die Reform auf ihre ökologischen Ziele zu fokussieren, die Verwendungsseite und die Inkonsistenzen im Design der ÖSR umzugestalten und eine effektive Informationskampagne zu entwickeln.

### **TOP 8: Der FÖS und seine Strategie-Diskussion**

Die Strategiediskussion wird - aufbauend auf die Vorstellung der PETRAS-Studie - durch die Vorstellung eines Vorstandspapiers von Kai Schlegelmilch eingeleitet. Darin geht es um die politischen Ziele und Forderungen des FÖS im Wahljahr, in dem die Konkretisierung der Ökosteuer ab 2004 für den FÖS der-

zeit keine Priorität hat, vielmehr soll die Diskussion durch bessere Faktenbasis versachlicht und die Leitkriterien wie Abbau von Ausnahmeregelungen und Aufkommensneutralität beibehalten werden. Außerdem stellt Kai Schlegelmilch Vorschläge für eine Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform zur ökologischen Finanzreform vor, die z.B. die Eigenheimzulage, Grundsteuer, Landwirtschaft und den Flug- und Schiffsverkehr mit einbezieht.

Im Anschluss stellt FÖS-Mitglied Andreas Wolfsteiner sein Papier vor, in dem er sich für die Verabschiedung eines Ökosteuerrahmengesetzes und die Rückgabe der Einnahmen aus der Ökosteuer werden über einen Ökobonus ausspricht.

Im Folgenden wird der Ökobonus sehr kontrovers diskutiert. Zum einen wird angemerkt, dass die Kommunizierbarkeit dieser Lösung nicht gegeben ist, dass es ein Akzeptanzproblem auf Unternehmerseite und ein administratives Problem geben würde, aber auch, dass damit eine soziale Komponente mit aufgenommen würde, da jemand, der wenig verdient, normalerweise auch weniger Energie verbraucht und so über den Ökobonus auch mehr zurückbekommt. Zwar könnte man mit dem Ökobonus der verteilungspolitischen Seite mehr Beachtung schenken (z.B. Ökobonus für Sozialhilfeempfänger), andererseits wird die Meinung vertreten, dass ökologische und soziale Themen getrennt werden sollten.

Betont wird die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit. Deutschland solle zwar eine Vorreiterrolle spielen, aber die Regelungen dürfen nicht wesentlich strenger sein als in den Nachbarländern. Die Ökosteuer könnte ein guter Exportartikel der EU werden. Außerdem soll noch der Druck Deutschlands auf die USA erhöht werden, der aber bisher keine Wirkung zeigt.

Dass sich Aufkommensneutralität und Förderung ökologischer Projekte nicht zwangsläufig widersprechen müssen, wird – neben der bereits gewährten Steuerermäßigungen für Öffentliche Verkehrsmittel, Erdgas im Verkehr und KWK - durch den Vorschlag einer Mehrwertsteuerabsenkung bei Ökoprodukten belegt. Eine Mehrwertsteuerdifferenzierung ist schon länger ein Thema, diskutiert wird eine Aufnahme des Punktes „Umwelt“ in die 6. Mehrwertsteuerrichtlinie der EU. In Hinblick auf die Bahn könnte durch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes deren Leistungsfähigkeit gewährleistet bleiben.

Hinsichtlich der Ausnahmeregelung für die Industrie wird darauf hingewiesen, dass damit die Ökosteuer-Schieflage durch die Kompensation über die Rentenversicherung bestehen bleibt.

Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl wird zu bedenken gegeben, dass bereits in den Koalitionsverhandlungen die ÖSR eine Rolle spielen wird. Im

Moment steht gleichwohl die Vermarktung der Ökosteuer im Vordergrund, man sollte sich also auf die Punkte konzentrieren, die die Akzeptanz erhöhen.

Die EU setzt momentan insbesondere auf den Emissionshandel, weil der ohne Einstimmigkeit durchsetzbar ist. Dadurch entsteht aber der Eindruck, dass die Ökosteuer tot sei, obwohl sich beide sehr gut vernetzen lassen. Vorteil ist, dass der Emissionshandel im Gegensatz zur Energiesteuer die Industrie mit einbezieht.

Für sehr wichtig wird allgemein angesehen, die Entlastung, die durch die Ökosteuer entsteht, auf dem Lohnzettel auszuweisen.

Zentrales Thema der Diskussion wurde der Wunsch nach einer Ausweitung von der Ökologischen Steuerreform auf eine Ökologische Steuer- und Finanzreform, sowohl inhaltlich als auch im Namen des FÖS. Darunter würden z.B. eine Ökologisierung der gesamten Subventionspolitik, eine Einbeziehung des Landverbrauchs (ökologische Elemente innerhalb der Grundsteuer) und eine Ökologisierung der Kommunal финанzen u.v.m. fallen.

#### **TOP 9: Besuch von Reinhard Loske**

Reinhard Loske (MdB, umwelt- und bildungspolitischer Sprecher der Grünen) berichtet von der parallel laufenden Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen, dass eine ökologische Finanzreform mit den Punkten Aufkommensneutralität, Abbau von Subventionen, Öffnung zu zweckgebundenen Nutzungsentgelten, Festhalten an der ÖSR, Einbeziehung von Flächenverbrauch und Landwirtschaft, sowie Nutzungsentgelte Weltmeere und Luftraum beschlossen wurde. Der Emissionshandel wurde mit 60 % angenommen, das Verhältnis der beiden zueinander steht noch in der Diskussion.

Die Ökosteuer sei als Überthema zum Markenzeichen der Grünen geworden, die Leute respektieren das Festhalten der Grünen an der Ökosteuer.

Das Problem der Ökosteuer sei im Moment die Verwendungsseite, da das Rentensystem so reformbedürftig sei, dass die Beitragssätze nur noch stabilisiert, nicht aber gesenkt werden können, was sich kaum vermitteln lässt. Als Alternativen bieten sich zwei Optionen: die Verwendung an anderer Stelle im Rentensystem oder eine Steuersenkung. Das Prinzip der Aufkommensneutralität soll aber beibehalten werden.

Aufgaben werden insbesondere sein, das Konzept der Ökosteuer zu kommunizieren und den Dialog zwischen Ökosteuer und Emissionshandel zu führen

#### **TOP 10: Beendigung der Mitgliederversammlung**

Der Vorsitzende schließt gegen 15.00 Uhr die Mitgliederversammlung und lädt zur Ökosteuer-Geburtstagsfeier bei Kaffee und Kuchen ein.

Gerne schicken wir Ihnen die folgenden Dokumente auch auf Anfrage per Post zu!

#### **Bericht des Vorstands**

Die Folienpräsentation zum Bericht des Vorsitzenden finden Sie hier

<http://www.foes-ev.de/downloads/0203foes-bs-mv.PDF>

#### **Diskussionsvorschläge des Vorstands**

Der Vorstand legte zur Vorbereitung der Strategiediskussion ein Diskussionspapier und in Tabellenform konzentrierte Forderungen vor.

Das Papier finden Sie hier

<http://www.foes-ev.de/news/7/11artikel1.html>

Die Forderungen in Tabellenform hier

<http://www.foes-ev.de/downloads/folienkaipdf>

#### **Studie zur Akzeptanz der Ökosteuer**

Tilman Santarius berichtete im Zuge unserer Mitgliederversammlung von den Ergebnissen der PETRAS-Studie zur Akzeptanz der Ökosteuer. Die Zusammenfassung finden Sie hier:

<http://www.foes-ev.de/downloads/petras.pdf>

#### **Mitgliedsbeiträge**

Wenn Sie Mitglied sind, denken Sie bitte daran, dass zum 31. März Ihr Beitrag fällig war. Bisher sind leider nur wenige Beiträge eingegangen, daher möchten wir Sie bitten, die Beiträge bald zu überweisen.

Unsere Bitte an alle (soweit noch nicht geschehen): erteilen Sie uns zur Vereinfachung eine Einzugsermächtigung, entweder formlos als Brief oder mit einem Formular, das wir Ihnen gerne zuschicken.

#### **Klaus Töpfer lobt den FÖS**

Auf unsere Anfrage an Klaus Töpfer, Executive Director beim United Nations Environment Programm in Nairobi, Mitglied im FÖS-Beirat zu werden, erhielten wir folgende Antwort: „Der Förderverein Ökologische Steuerreform erfüllt meines Erachtens eine äußerst wichtige Aufgabe. Die Größe des Vereins ist für die Qualität Ihrer Arbeit ja nicht ausschlaggebend, oft sind gerade kleinere Gruppen effektiver als große Gremien.“ Leider musste Klaus

sätzlich dazu bereit wäre. Eine solche Tätigkeit müsste jedoch von Kofi Annan genehmigt werden und in der Vergangenheit wurde deutlich, dass die Mitarbeit in Gremien außerhalb UNEPs zunehmend kritisch gesehen wird.

#### **Haben Ihnen die Mitteilungen gefallen?**

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und / oder werden Sie Mitglied bei uns! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglieder unterstützten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

\*\*\*\*\*

Unsere Geschäftsstelle  
Förderverein Ökologische Steuerreform(FÖS) e.V.  
Brienner Straße 44 – D-80333 München  
Fon 089/520 113-13 Fax -14  
[foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de); [www.foes-ev.de](http://www.foes-ev.de)

Unser Spendenkonto  
Ökobank e.G. BLZ 500 901 00 Konto 830 37 40  
Laut Finanzamt Hamburg-Mitte-Altstadt vom 8.10.99 ist der FÖS als gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind somit steuerlich abzugsfähig.

\*\*\*\*\*

Töpfer unsere Anfrage ablehnen, obwohl er grund-